

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 8

Artikel: Von der Geschichte belastet
Autor: Veser, Reinhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092870>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reinhard Veser zur schwierigen Nachbarschaft Polen – Litauen

Von der Geschichte belastet

Mehr als zwei Jahre zogen sich die Verhandlungen über den Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Litauen hin, mehr als zwei Jahre wurden die verschiedenen Vertragsentwürfe von der Öffentlichkeit beider Länder erregt und zum Teil mit hysterischen Untertönen begleitet. Dass der Vertrag nun im April in der litauischen Hauptstadt Vilnius von den Präsidenten beider Staaten, Lech Walesa und Algirdas Brazauskas, unterschrieben wurde, werten die offiziellen Stellen beider Seiten als Erfolg, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten.

Während in Warschau nach dem Abschluss der Verhandlungen von einem Sieg der polnischen Diplomatie gesprochen wurde, kommentierte der litauische Vizeausenminister Vladislavas Domarkas die Ergebnisse zurückhaltender: Mehr sei nicht zu erreichen gewesen, die gefundenen Kompromisse seien für beide Seiten akzeptabel. Litauens rechte Opposition wirft den regierenden Exkommunisten dagegen Vaterlandsverrat vor, da der Vertrag möglichen polnischen Ansprüchen auf die litauische Hauptstadt Tür und Tor öffne.

Nationalisten gegen Pragmatiker

Zuletzt drehten sich die Verhandlungen nur noch um die Frage, in welcher Form die litauisch-polnische Geschichte im Vertragswerk erwähnt werden sollte. Litauen forderte, dass Polen die Besetzung von Vilnius im Oktober 1920 durch Truppen des Generals Zeligowski als Aggression werten und damit die bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges andauernde Herrschaft im Osten des heutigen Litauen als widerrechtlich anerkennen müsse. Polen widersetzte sich dem mit der Begründung, derart komplizierte historische Ereignisse könnten in einem internationalen Vertrag nicht so eindeutig gewertet werden. Die Verhandlungsdelegationen einigten sich schliesslich auf eine Präambel zum Vertrag, in dem ohne Nennung von Namen und konkreten Ereignissen Bedauern über die Konflikte zwischen beiden Völkern in der Vergangenheit ausgedrückt wird.

Die liberale Presse Litauens kommentierte den Abschluss der Verhandlungen mit Erleichterung, da ein geregeltes Verhältnis zu Polen sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung Litauens als auch für seine Integrierung in westliche Sicherheitsstrukturen von wesentlicher Bedeutung sei, verwies aber darauf, dass dieser Kompromiss schon vor einem Jahr bestanden habe. Die aus der Unabhängigkeitsbewegung Sajudis hervorgegangene rechte Opposition dagegen schäumt: In ihren Augen ist das Nachgeben der litauischen Regierung ein weiteres Beispiel einer zu weichen Aussenpolitik, die Litauen zu einem Spielball fremder Mächte mache und die gerade erst erlangte Eigenstaatlichkeit gefährden könne, und um so schlimmer, dass dieses Nachgeben gegenüber dem grossen Nachbarn im Südwesten geschah, der im litauischen Nationalbewusstsein eine negative Rolle spielt.

Für Litauens Nationalisten ist die im Vertrag enthaltene gegenseitige Anerkennung der jetzigen Grenze zwischen Litauen und Polen keine ausreichende Garantie gegen die von ihnen befürchteten polnischen Ansprüche auf Vilnius und sein Umland, in dem Polen in einigen Bezirken die Bevölkerungsmehrheit stellt. Solche Forderungen werden in Polen zwar nur von kleinen nationalistischen Gruppen erhoben, aber Litauens Rechte vermutet solche Gelüste, die in der offiziellen polnischen Aussenpolitik strikt verneint werden, auch bei hochrangigen Vertretern des Nachbarstaates, unter anderm beim polnischen Botschafter in Vilnius, Jan Widacki, der sich gegen derartige Unterstellungen in der litauischen Presse heftig zur Wehr setzt.

Historische Rückblende

Die Spannungen zwischen Litauen und Polen begannen im vergangenen Jahrhundert mit dem Abkommen der litauischen Nationalbewegung, die sich in starkem Masse gegen den kulturellen Einfluss der polnischen Oberschicht richtete, durch den das Litauische aus vielen Lebensbereichen völlig verdrängt worden war. Viele der dem Adel entstammenden polnischen Intellektuellen dagegen verachteten das Litauische als

Die gefundenen Kompromisse sind für beide Seiten akzeptabel.

Im Vertrag wird ohne Nennung von Namen und konkreten Ereignissen Bedauern über die Konflikte zwischen beiden Völkern in der Vergangenheit ausgedrückt.

Litauische Nationalisten meinen, 1938 sei die De-facto-Anerkennung der polnischen Besetzung von Vilnius gewesen, 1994 die De-facto-Anerkennung polnischer Ansprüche auf Vilnius.

Bauernsprache, die für höhere Lebenssphären nicht taugt.

Als sich während des Ersten Weltkrieges für beide die Möglichkeit abzeichnete, sich aus dem zaristischen Völkergefängnis zu befreien, gingen in Polen die meisten politischen Kräfte von einer Erneuerung der litauisch-polnischen Union aus, die vom Mittelalter bis zur dritten polnischen Teilung 1795 bestanden hatte, während die Litauer einen eigenen Staat anstrebten. Der Konflikt entzündete sich schliesslich an Vilnius, das die Litauer als ihre historische Hauptstadt ansahen, während es in den Augen der Polen eine zutiefst polnische Stadt war, die als Wiege der polnischen Romantik einen wichtigen Platz in der Entwicklung ihrer Kultur einnahm.

Die polnische Regierung trat Vilnius im Vertrag von Suwalki am 7. Oktober 1920 schliesslich an Litauen ab – um es nur zwei Tage später durch den General Lucjan Zeligowski besetzen zu lassen. Litauen war nicht gewillt, die so geschaffenen Tatsachen anzuerkennen, und brach, da es zu einem militärischen Gengenschlag nicht in der Lage war, alle Beziehungen zu Polen ab. Zu offiziellen Kontakten zwischen beiden Staaten kam es erst am 18. März 1938 wieder, als Polen Litauen mittels eines militärischen Ultimatums zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwang.

Wenig polnisches Fingerspitzengefühl

Dass die Paraphierung des nun ausgehandelten Vertrages durch die Aussenminister Andrzej Olechowski und Povilas Gylys in Warschau genau am Jahrestag dieses Ereignisses stattfand, war für die oft in historischen Analogien denkende litauische Rechte von hoher Symbolkraft: Einmal mehr sei Litauen von Polen zu einer Vereinbarung gezwungen worden, die seinen Interessen entgegenlaufe. 1938 sei dies die De-facto-Anerkennung der polnischen Besetzung von Vilnius gewesen, 1994 die De-facto-Anerkennung polnischer Ansprüche auf Vilnius.

Die Instinktilosigkeit, mit der das Datum für die Vertragsparaphierung gewählt wurde, ist bezeichnend für das Unver-

ständnis, mit dem Teile der polnischen Gesellschaft den Ängsten ihres kleinen Nachbarn begegnen. Geringe Sensibilität zeigte Andrzej Olechowski auch nach der Paraphierung des Vertrages, als er zu polnischen Journalisten sagte, dass es nun zu seinen wichtigsten Aufgaben gehöre, sich für die Rückgabe 1940 von den Sowjets enteigneter Gebäude in Vilnius an polnische gesellschaftliche Organisationen einzusetzen.

Litauen wird zu diesem Schritt kaum bereit sein, denn es hätte zur Folge, dass ein Grossteil der Innenstadt von Vilnius fest in polnischer Hand wäre, was vielen Litauern wie eine Wiederholung des Jahres 1920 mit neuzeitlichen Mitteln erschiene. Litauische Nationalisten sehen sich durch die Worte des polnischen Aussenministeriums in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Genährt werden die litauischen Ängste auch durch das Verhalten des «Bundes der Polen in Litauen» (Zwiazek Polakow na Litwie [ZPL]), der beansprucht, die Interessen der ungefähr 250 000 Polen in dem baltischen Staat zu vertreten. Dessen Loyalität zum litauischen Staat ist teilweise zweifelhaft: Der beim letzten ZPL-Kongress im Februar gewählte

Der litauische Exildichters Tomas Venclova forderte seine Landsleute auf, auch die eigene Geschichte kritisch zu betrachten und litauische Schuld einzugestehen. Zur Aussöhnung beider Völker führe nur ein Weg: «Vergeben und um Vergebung bitten.»

neue Vorsitzende Ryszard Maciejkianiec gehörte zu jenen Mitgliedern der litauischen KP, die bei deren Abspaltung von der KPdSU im Dezember 1989 zur moskautreuen Minderheit gehörten. Als am 11. März 1990 das litauische Parlament die Unabhängigkeit erklärte, enthielt sich Maciejkianiec der Stimme — im Gegensatz zu anderen Parlamentsabgeordneten der polnischen Minderheit, die mittlerweile aus der Führung des ZPL verdrängt wurden.

Litauische Überempfindlichkeiten

Es mangelt in Polen allerdings auch nicht an Stimmen, die zum Verständnis für die Litauer aufrufen. Bronislaw Geremek, in den achtziger Jahren einer der führenden Köpfe der Solidarność, erinnert in einem Interview des polnischen Radios seine Landsleute daran, dass die Einstellung der Polen gegenüber den Deutschen lange Zeit der geähnelt habe, die jetzt die Litauer gegenüber den Polen zeigten; dass ein kleiner Staat einen grösseren Nachbarn fürchte, sei verständlich. Ähnlich äusserte sich gegenüber der Presseagentur PAP auch Andrzej Drawicz, der 1989 Mitglied der ersten Solidarność-Regierung war, fügte aber hinzu, dass die im Grunde verständlichen Ängste «die Grenzen des gesunden Menschenverstandes überschritten haben», da es in Polen keine ernstzunehmende politische Kraft gebe, die aggressiv gegen Litauen auftrete.

Die harten Worte des polnischen Politikers und Literaturwissenschaftlers sind nicht ganz unbegründet. Die litauische Rechte bezieht im Streit mit Polen nicht nur ihre Argumente aus der Geschichte, sie schien auch teilweise in der Vergangenheit zu leben. In der Wochenzeitung «Voruta» rechnete ein Kommentator vor, dass das mittelalterliche litauische Grossfürstentum (ein zeitweise bis ans Schwarze Meer reichender Staat, in dem slawische Völker eine grosse Bevölkerungsmehrheit stellten) vor seiner Vereinigung mit Polen im Jahre 1386 zehnmal grösser als das Königreich Polen gewesen sei, während heute das polnische Territorium fünfmal so gross wie das litauische sei — um dann mit deutlichem Bezug auf die heutige Situation zu fragen: «Welche Bedeutung hat die frühere Freundschaft beider Staaten, wenn Litauen so klein daraus hervorgeht?»

Auch solchen Polen, die in ihrem Land Fürsprecher Litauens sind, wird mit grossem Misstrauen begegnet. So musste Bronislaw Geremek in der Sajudis-Tageszeitung «Lietuvos Aidas» einen bösen Kommentar über sich ergehen lassen, weil er im erwähnten Radiointerview sein Unverständnis dafür geäussert hatte, dass der von ihm geschätzte Vytautas Landsbergis unbedingt auf der

Verdammung Zeligowskis im litauisch-polnischen Vertrag bestehe — schliesslich nehme Polen doch von allen territorialen Ansprüchen gegenüber Litauen Abstand.

Referendum gegen den Vertrag?

Stimmen wie die des Exildichters Tomas Venclova sind in Litauen selten. In einem Artikel in Litauens grösster Tageszeitung «Lietuvos Rytas» forderte er seine Landsleute auf, auch die eigene Geschichte kritisch zu betrachten und litauische Schuld einzugestehen. Zur Aussöhnung beider Völker führe nur ein Weg: «Vergeben und um Vergebung bitten.» Obwohl er bislang noch dem Rufer in der Wüste gleicht, scheint Venclovas Hoffnung, der Konflikt werde sich langsam abschwächen und irgendwann enden, nicht ganz unberechtigt zu sein.

Die negativen Stereotypen über den grossen Nachbarn und die polnische Minderheit im eigenen Land sind in der litauischen Gesellschaft zwar noch weit verbreitet, doch der Kreis derjenigen, die sich für antipolnische Aktionen mobilisieren lassen, ist relativ klein, wenn auch lautstark: Zu einer Demonstration gegen den Vertrag versammelten sich am 18. März in Vilnius gerade 200 überwiegend ältere Menschen. Die jüngere Generation sieht die Beziehungen zu Polen meist pragmatischer — wenn sie sich mit derartigen Fragen überhaupt befasst.

Der Vertrag, den Lech Walesa und Algirdas Brazauskas feierlich unterschrieben, wird die Spannung zwischen Polen und Litauen nicht aus der Welt schaffen, aber es ist zu hoffen, dass er die Grundlage für eine Regelung der Fragen der Gegenwart schafft. Probleme, die einer Lösung harren, gibt es zuhauf. Das drängendste und augenfälligste ist der Grenzverkehr zwischen beiden Staaten, der in seiner jetzigen Form weder dem Handel noch zwischenmenschlichen Beziehungen besonders zuträglich ist: Wer die litauisch-polnische Grenze mit dem Auto überqueren will, muss in Stosszeiten mit bis zu drei Tagen Wartezeit rechnen.

Das letzte Wort über den litauisch-polnischen Vertrag ist allerdings noch nicht gesprochen. Einige Parteien aus dem rechten Spektrum haben angekündigt, Unterschriften für ein Referendum über den Vertrag zu sammeln. Gelingt es ihnen so nicht, das Abkommen zu stoppen, wollen sie es kündigen, falls sie nach den spätestens in zweieinhalb Jahren stattfindenden Parlamentswahlen an die Macht kommen sollten — und das ist nicht ausgeschlossen. ■

Lettland erwartet Sie

Nach 50 Jahren Fremdherrschaft und Isolierung ist Lettland wieder auf dem Rückweg nach Europa. Riga-Reisen erschliesst ein Land mit unberührter Natur, reicher Kultur und vermittelt nicht alltägliche Einblicke in die Probleme einer Gesellschaft im dramatischen Wandel von Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Achttägige Informationsreise
 «Lettland – Land im Umbruch» Fr. 1490.–
 Acht Tage «Romantisches Lettland» Fr. 1430.–
 Acht Tage «Baltische Hauptstädte» Fr. 1390.–

Verlangen Sie nähere Auskünfte über unsere vielfältigen Angebote.

Riga Reisen

Telefon 063 61 07 70